

Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 18.12.2014

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:10 Uhr
Ende:	19:40 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
10.	Entscheidungsvorlagen	
10.27.	Wirtschaftsplan 2015 der Erfurter Bahn GmbH Einr.: Oberbürgermeister	2157/14
10.28.	Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Geschwindigkeits- begrenzung und LKW-Fahrverbot für Hochstedt und Vie- selbach" - Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO Einr.: Oberbürgermeister	2181/14

10.29.	Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte Einr.: Oberbürgermeister	2198/14
10.29.1.	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKEN. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2198/14 - Festle- gungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte	2571/14
10.29.2.	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2198/14 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte	2589/14
10.29.3.	Antrag der CDU-Fraktion zur DS 2198/14 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte	2592/14
10.29.4.	Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WuB vom 02.12.2014 zum TOP 4.7 - Drucksache 2198/14 - Festle- gungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte	2479/14
10.29.5.	Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung SAG vom 03.12.2014 zum TOP 4.2. - Drucksache 2198/14 - Festle- gungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte	2501/14
10.29.6.	Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung OSO vom 09.12.2014 - TOP 4.1. Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte (Druck- sache 2198/14)	2520/14
10.30.	Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2218/14
10.30.1.	Antrag der Verwaltung zur DS 2218/14 - Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt	2509/14
10.30.2.	Antrag der CDU-Fraktion zur DS 2218/14 - Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt	2506/14

10.31.	Beschluss zur Drucksachen Nr. 0875/13 "Grundsatzentscheidung zur Einzelhandelsentwicklung im Ortsteil Marbach - Nahversorgung" - Verlängerung der Frist zur Reaktivierung des Einzelhandelsstandortes Bergener Straße Einr.: Oberbürgermeister	2266/14
10.31.1.	Antrag der Ortsteilbürgermeisterin zur DS 2266/14 - Beschluss zur Drucksachen Nr. 0875/13 "Grundsatzentscheidung zur Einzelhandelsentwicklung im Ortsteil Marbach - Nahversorgung" - Verlängerung der Frist zur Reaktivierung des Einzelhandelsstandortes Bergener Straße	2477/14
10.32.	Erfurt wird Mitveranstalter der bundesweiten Fledermausschutztagung "BAG 2015" Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2278/14
10.34.	Förderung Welt-Cup Eisschnelllauf Einr.: Oberbürgermeister	2353/14
10.35.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion CDU	2387/14
10.37.	10. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung Einr.: Oberbürgermeister	2401/14
10.40.	Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII - Information und Überprüfungsanspruch Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2468/14
10.41.	Antrag auf Mittelbereitstellung für einen externen Gutachter im Bereich Finanzen Einr.: Fraktion SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2470/14
11.	Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, die weiterführende Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab Frau Hoyer die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 04.11.2014 die Zustimmung erteilt, dass die Fraktion SPD für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Es erging folgender Hinweis:

Der Stadtrat hat mit Beschluss zur Drucksache 1137/12 u. a. beschlossen, die Stadtratssitzungen und deren Live-Übertragungen durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern zu übersetzen. Der Hauptausschuss hat daraufhin beschlossen, die Stadtratssitzun-

gen im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention mit Gebärdensprachdolmetschern zu übersetzen und via Live-Stream im Internet zu übertragen.

Daraufhin begrüßte die Stadtratsvorsitzende die Gebärdensprachdolmetscher und fuhr mit der Sitzungsleitung fort.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 30 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Im Anschluss wurde einem Stadtratsmitglied, das an diesem Tag Geburtstag hatte, herzlich gratuliert und Blumen überreicht.

Letztlich wies sie darauf hin, dass keine Pause stattfinden soll.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits in der gestrigen Sitzung bekannt gegeben wurden.

Zudem teilte sie mit, dass auf Antrag der einreichenden Fraktionen der TOP 10.41 Drucksache 2470/14 - Antrag auf Mittelbereitstellung für einen externen Gutachter im Bereich Finanzen (Einr.: Fraktion SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf die Sitzung des Stadtrates am 28.01.2015 vertagt wurde.

Weitere Anträge gab es nicht.

Anschließend bedankte sich Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN für die Geldspenden und Geschenke aus den Reihen der Fraktionen des Stadtrates für die Erfurter Tafel.

10. Entscheidungsvorlagen

10.27. Wirtschaftsplan 2015 der Erfurter Bahn GmbH 2157/14 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 02.12.2014 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister die Zustimmung, in der Gesellschafterversammlung der Erfurter Bahn GmbH den Wirtschaftsplan 2015 mit Stand 02.10.2014 gemäß Anlage 1 festzustellen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)

10.28. Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Geschwindigkeitsbegrenzung und LKW-Fahrverbot für Hochstedt und Vielselbach" - Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO 2181/14
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Vertreter des Einwohnerantrages, die Bürgerinitiative gegen Schäden durch Straßenverkehr vertreten durch Frau Scholz-Otto, zur Stadtratssitzung eingeladen wurden.

Der Hauptausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 16.12.2014 (Ja 1 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0).

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU,
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE. und
- Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt.

Herr Panse ging zunächst auf einen Presseartikel zur Thematik ein und bat um Stellungnahme der Verwaltung. Zudem erklärte er, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Im Zuge der Diskussion wurden die verschiedenen Sichtweisen zur Thematik erläutert. Herr Dr. Warweg regte an die Thematik in den Bau- und Verkehrsausschuss zu verweisen und die Bürgerinitiative dazu einzuladen.

Frau Hoyer nahm Bezug auf die Situation vor Ort und wies auf die rechtlichen Hintergründe, die Sichtweise des Landesverwaltungsamtes und die Möglichkeit für Gespräche zwischen der Bürgerinitiative und dem Oberbürgermeister im Januar 2015 hin.

Abschließend bat Herr Panse neben der Verweisung der Thematik in den zuständigen Ausschuss darum, dass die Fraktionen an dem Gespräch zwischen der Bürgerinitiative und dem Oberbürgermeister teilnehmen könnten. Somit könne im politischen Rahmen diskutiert werden, welche Möglichkeiten und Lösungsansätze es gibt. Zu diesem Vorschlag bat er um Mitteilung, ob dies von Seiten der Verwaltung und dem Oberbürgermeister möglich sei und formulierte vor dem Hintergrund, dass der Oberbürgermeister selbst zu diesem Zeitpunkt in der Sitzung nicht anwesend war folgende Protokollnotiz: *"Ich würde darum bitten, dass wir vielleicht informiert werden können, ob der Oberbürgermeister dazu bereit ist. Ich*

glaube das wäre schon mal hilfreich und dann können wir das so im Protokoll aufnehmen und dann liest er es sicher und sagt uns Bescheid."

Daraufhin erläuterte die Stadtratsvorsitzende das Abstimmungsverfahren. Gemäß diesem werde zunächst über die Drucksache abgestimmt und anschließend über den Antrag von Herrn Dr. Warweg auf Verweisung der Thematik in den Bau- und Verkehrsausschuss. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 14

Damit wurde die Drucksache beschlossen.

Anschließend ließ die Stadtratsvorsitzende über den Antrag, dass die gesamte Thematik in den Bau- und Verkehrsausschuss unter Einbeziehung der Bürgerinitiative beraten wird, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Somit wurde dieser Antrag bestätigt und die Thematik "Geschwindigkeitsbegrenzung und LKW-Fahrverbot in Hochstedt und Vieselbach" in den Bau- und Verkehrsausschuss unter Einbeziehung der Bürgerinitiative zur Beratung verwiesen.	Drucksache 0227/15
--	-----------------------

Im Anschluss an die Abstimmung fuhr die Stadtratsvorsitzende mit dem TOP 10.29 fort.

beschlossen Ja 15 Nein 1 Enthaltung 14 Befangen 0

Beschluss:

Der Einwohnerantrag "Geschwindigkeitsbegrenzung und LKW-Fahrverbot für Hochstedt und Vieselbach" ist unzulässig.

**10.29. Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, 2198/14
hier: Zuschüsse an Dritte
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache in allen Ausschüssen vorberaten und bestätigt wurde, außer der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Bildung und Sport und der Kulturausschuss bestätigten die Drucksache mit Änderungen. Die Änderun-

gen lagen den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern in Form eines Abstimmungspapiers zusammengefasst vor.

Die Beantwortung der Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen, des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gesundheit und des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile lagen den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 2479/14, 2501/14 und 2520/14 vor.

Es lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2571/14 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte in seiner Sitzung am 16.12.2014 in der Endabstimmung die Ursprungsdrucksache inkl. der Änderungen der Fachausschüsse (Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Hauptausschuss bestätigte in seiner Sitzung am 16.12.2014 die Ursprungsdrucksache (Ja 3 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Es lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2589/14 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2592/14 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU,
- Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Hose, Fraktion CDU,
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Möller, Fraktion SPD,
- Herr Pfistner, Fraktion CDU,
- Herr Knoblich, Kulturdirektor und
- Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften.

Neben den generellen Betrachtungen zur Haushaltsituation wurde insbesondere Bezug auf die Anträge der Fraktionen genommen. Frau Dr. Klisch appellierte an alle und bat um Zustimmung zum Verfahren der vorläufigen Haushaltsführung um die Fortsetzung der Arbeit der freiwilligen und ehrenamtlichen Vereine zu gewähren.

Herr Prof. Dr. Thumfart ging auf die Vorberatung im Kulturausschuss ein und betonte die hohe Bedeutung der Planungssicherheit im kulturellen Bereich.

Herr Hose erläuterte die Anträge aus dem Bildungs- und Kulturausschuss und beantragte die Einzelabstimmung der Anträge gemäß den Änderungen der Fachausschüsse aus. Seine Nachfrage bezüglich der Auswirkungen einer 100 % Sperre der Zuschüsse im Bereich des Orgelwettbewerbes wurde von Herrn Knoblich, Kulturdirektor, beantwortet.

Daraufhin fasste Frau Pablich die derzeitige haushalterische Situation zusammen und begründete die Festlegung zur vorläufigen Haushaltsführung. Zudem bat sie um Zustimmung zur Vorlage, damit die Verwaltung auch an Dritte Auszahlungen vornehmen kann.

Herr Blechschmidt begrüßte ebenfalls die beantragte Einzelabstimmung.

<p>Herr Stampf ging auf die Haushaltsstelle "Regionales Entwicklungskonzept Erfurter Seen" ein und erklärte, dass es einen neuen Vertragspartner für diese Maßnahme geben werde. Dazu fragte er nach, wie mit dem neuen Vertragspartner umgegangen wird und ob die 17.000 Euro wieder bereitgestellt werden können.</p> <p>Die Nachfrage wurde durch den Amtsleiter der Stadtkämmerei beantwortet.</p> <p>Zudem beantragte Herr Stampf die Thematik im nächsten Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen nochmals zu beraten.</p>	<p>Drucksache 0226/15</p>
---	-------------------------------

Abschließend ging Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, auf die Aussagen von Herrn Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, bezüglich Steuererhöhungen ein. Auf Nachfrage von Herrn Panse bat er um Aufnahme seiner Aussagen im Protokoll: "Weil Herr Panse das vorhin so gesagt hat, möchte ich nur eins nochmals ausdrücklich klar stellen: Es wird im Haushalt 2015 keine Steuererhöhungen geben. Also auch wenn sie sich schon darauf gefreut haben, den Gefallen tun wir Ihnen nicht, weil das neue Finanzministerium wird auch nicht darauf drängen, dass die Kommune ihre Steuerbasis verbreitern muss so wie es der alte Finanzminister getan hat. Und zum Zweiten was heute auch noch keiner gemacht hat, wollte ich Frau Pablich für die gute Arbeit danken, die sie die Jahre geleistet hat auch wenn das hier nicht von allen so gewürdigt wird."

Daraufhin lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und die Stadtratsvorsitzende erläuterte den Abstimmungsvorschlag.

Zu Beginn erfolgte die Abstimmung über die Änderungen des Jugendhilfeausschusses.

Anlage 1a)

HHSt.	Bezeichnung der Zuweisung/Zuschüsse	Leistung freiwillig	Leistung freiwillig, aber vertragl. gebunden
45110. 71800	Außerschulische Jugendbildung (PK und SK)	✖	x
45140. 71810	Mitarbeiterfortbildung Jugendarbeit freier Träger	✖	x
45210. 71820	Schulbezogene Jugendsozialarbeit	✖	x

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

Damit wurden diese bestätigt.

Sodann rief die Stadtratsvorsitzende die Änderungen gemäß dem Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2571/14) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 25
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Somit wurden diese ebenfalls bestätigt.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende über die Einzelabstimmung der Punkte Orgelwettbewerb, Kunstförderung und Sportförderung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 25
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 4

Somit wurde der Antrag auf Einzelabstimmung bestätigt und es erfolgte zunächst die Einzelabstimmung der drei folgenden Haushaltsstellen gemäß dem Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2592/14):

HHSt.	Bezeichnung der Zuweisung/Zuschüsse	Festlegung im Rahmen der vorläufigen HH-Führung 2015	Änderung Fraktionen CDU
30000-71807 (Seite 3)	Zuschüsse übrige Bereiche Orgelwettbewerb	100% Sperre	50% Sperre

Diese Änderung wurde wie folgt votiert:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 18
Enthaltungen: 3

Damit abgelehnt.

30000. 71810 (Seite 3)	Zuschüsse übrige Bereiche Kunstförderung	100% Sperre	10% Sperre
------------------------------	---	-------------	------------

Diese Änderung wurde wie folgt votiert:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 17
Enthaltungen: 4

Damit abgelehnt.

55300. 71510 (Seite 10)	Zuschüsse ESB für Sportförderung	50% Sperre - im Rahmen der vorl. HH-Führung keine weitere Mittelfreigabe	10% Sperre
-------------------------------	----------------------------------	---	------------

Diese Änderung wurde wie folgt votiert:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 15
Enthaltungen: 5

Damit ebenfalls abgelehnt.

Daraufhin erklärte Herr Gillmann, Stadtratsreferent, dass der Rest des CDU-Antrages, also die verbliebenen Abstimmungen, identisch mit dem Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2589/14) sind. Zur Klarstellung gab er bekannt, das im Falle, dass der Rest des CDU-Antrages bestätigt wird, die Notwendigkeit der Abstimmung über die Drucksache 2589/14 entfällt.

Sodann erklärte Frau Pelke das weitere Abstimmverfahren und rief zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2589/14) auf.

Herr Hose, Fraktion CDU, sprach sich gegen dieses Verfahren aus und bat um Abstimmung des restlichen Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 2592/14).

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hielt die den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2589/14) für den weitestgehenden Antrag, da dieser auch die drei Haushaltsstellen beinhaltet, die zuvor in der Einzelabstimmung des CDU-Antrages abgelehnt wurden und regte an, diesen abzustimmen.

10.29.2. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2198/14 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte 2589/14

bestätigt

10.29.3. Antrag der CDU-Fraktion zur DS 2198/14 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte 2592/14

bestätigt mit Änderungen

10.29.4. Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WuB vom 02.12.2014 zum TOP 4.7 - Drucksache 2198/14 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte 2479/14

zur Kenntnis genommen

10.29.5. Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung SAG vom 03.12.2014 zum TOP 4.2. - Drucksache 2198/14 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte 2501/14

zur Kenntnis genommen

10.29.6. Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung OSO vom 09.12.2014 - TOP 4.1. Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2015, hier: Zuschüsse an Dritte (Drucksache 2198/14) 2520/14

zur Kenntnis genommen

10.30. Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt 2218/14
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 2509/14 vorliegt.

In der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark Erfurt mit dem Kulturausschuss am 11.12.2014 wurde die Drucksache wie folgt votiert:

- Kulturausschuss
bestätigt mit Änderungen (inkl. Antrag der Verwaltung 2509/14)
(Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)
- Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt
bestätigt mit Änderungen (inkl. Antrag der Verwaltung 2509/14)
(Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2506/14 vor. Dieser änderte die Anlage 2 der Drucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.,
- Frau Walsmann, Fraktion CDU,
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD,
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD und
- Herr Vothknecht, Fraktion CDU.

Hierbei wurden die verschiedenen Sichtweisen zur Vorlage und zum Antrag der Fraktion CDU erläutert. Frau Walsmann erläuterte die Intention des Antrages ihrer Fraktion, welcher ihrer Ansicht nach die Qualität der Vorlage verbessert. Herr Prof. Dr. Merforth gab zu Bedenken, dass es sich zunächst um eine Testphase mit den neuen Eintrittspreisen handelt und somit nach einiger Zeit geschaut werden muss, was verändert bzw. verbessert werden kann. Für diese Probephase und einer Nachjustierung nach einem Jahr sprachen sich auch Herr Vothknecht und Herr Dr. Duddek aus.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, stellte Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. einen Geschäftsordnungsantrag. Er beantragte die Einzelabstimmung für den Punkt Jahreseintritt Hund des CDU-Antrages (Drucksache 2506/14).

Darüber ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 7

Somit wurde der Antrag bestätigt und es erfolgte die Einzelabstimmung des Punktes:

Jahreseintritt Hund (pro Tier)

~~15 Euro~~

neu: wird auf 20 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 6
Enthaltungen: 7

Damit wurde dieser Punkt bestätigt.

Anschließend rief die Stadtratsvorsitzende gemäß dem Abstimmungsvorschlag den restlichen Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2506/14) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 2

Damit abgelehnt.

Abschließend rief die Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung der Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 2509/14) auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 19 Nein 8 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Eintrittspreise im Thüringer Zoopark Erfurt (siehe Anlage 2) zum 01.01.2015.

02

Der Beschluss Nr. 2289/09 des Stadtrates vom 16.12.2009 über die "Eintrittspreise des Thüringer Zoopark Erfurt" (veröffentlicht im Amtsblatt vom 24.12. 2009) wird aufgehoben.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

**10.30.1. Antrag der Verwaltung zur DS 2218/14 - Eintrittspreise 2509/14
Thüringer Zoopark Erfurt**

bestätigt

**10.30.2. Antrag der CDU-Fraktion zur DS 2218/14 - Eintrittspreise 2506/14
Thüringer Zoopark Erfurt**

abgelehnt

10.31. **Beschluss zur Drucksachen Nr. 0875/13 "Grundsatzent-** **2266/14**
 scheidung zur Einzelhandelsentwicklung im Ortsteil
 Marbach - Nahversorgung" - Verlängerung der Frist zur
 Reaktivierung des Einzelhandelsstandortes Bergener
 Straße
 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Marbach die Drucksache in seiner Sitzung am 03.12.2014 zur Kenntnis nahm.

Es lag ein Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Marbach mit Drucksache 2477/14 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 09.12.2014 mit folgender Änderung bestätigt:

Die Ortsteilbürgermeisterin von Marbach änderte die Vorlage folgendermaßen mündlich ab:

Das im Beschlussvorschlag unter Punkt 03 festgesetzte Datum (31.12.2015) soll auf den ~~31.03.2015~~ 30.06.2015 geändert werden.

Und somit wurde die Ursprungsdrucksache mit o. g. Änderung bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verwies auf die Einigung im Ausschuss zur Änderung des Antrages und befürwortete diese.

Herr Staufenberg, Fraktion CDU, schloss sich seinem Vorredner an und begrüßte die Vorlage inkl. der Änderung im Ausschuss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der geplante Umbau und die Neueinrichtung eines Lebensmittelmarktes im Objekt Bergener Straße 18 in Marbach werden als städtebaulich sinnvoll unterstützt.

02

Die Stadtverwaltung wird zur Unterstützung dieser Entwicklung beauftragt, für ihr Verwaltungshandeln folgende städtebauliche Konzeption der Nahversorgung im Ortsteil Marbach zu Grunde legen:

- Der Standort Bergener Straße ist auf Grund seiner integrierten zentralen Lage**

aus städtebaulicher Sicht der Vorzugsstandort für die Sicherung der Nahversorgung in Marbach.

- Aus städtebaulichen Gründen wird zur Sicherung der nachhaltigen Erhaltung und Entwicklung dieses Nahversorgungsstandortes und zur Vermeidung von schädlichen Auswirkungen auf diesen Nahversorgungsstandort ein Planerfordernis für die Aufstellung von Bebauungsplänen für die Ansiedlung weiterer Einzelhandelsbetriebe im Ortsteil Marbach nicht gesehen.

03

Soweit bis zum 30.06.2015 die Nahversorgung des Ortsteils Marbach am Standort Bergener Straße nicht gewährleistet werden kann, ist durch die Stadtverwaltung eine geänderte städtebauliche Konzeption vorzulegen.

10.31.1. Antrag der Ortsteilbürgermeisterin zur DS 2266/14 - Beschluss zur Drucksachen Nr. 0875/13 "Grundsatzentscheidung zur Einzelhandelsentwicklung im Ortsteil Marbach - Nahversorgung" - Verlängerung der Frist zur Reaktivierung des Einzelhandelsstandortes Bergener Straße 2477/14

bestätigt mit Änderungen

10.32. Erfurt wird Mitveranstalter der bundesweiten Fledermausschutztagung "BAG 2015" 2278/14
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorlag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt lehnt die Drucksache in seiner Sitzung am 09.12.2014 ab (Ja 3 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0).

Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention des Antrages ihrer Fraktion. Zudem gab sie mündliche folgende Änderung bzw. Einfügung des folgenden Satzes zum Finanzierungsvorschlag im Beschlusstext bekannt: *Dieser soll 2.500 Euro betragen.*

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, hinterfragte bei der Verwaltung, ob dies rechtlich möglich sei im Hinblick auf die vorläufige Haushaltsführung.

Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, wies darauf hin, dass sie von Seiten der Verwaltung auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung dafür plädierte, dass die Stadt sich nicht beteiligt. Jedoch habe der Stadtrat die Unabweisbarkeit festzustellen und müsse darüber entscheiden. Sie selbst könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen, ob dies eine Ausnahme wert sei oder nicht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in der zuvor mündlich geänderten Form auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 15 Nein 9 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadt Erfurt wird Mitveranstalter der Bundesdeutschen Fledermaus-Tagung "BAG 2015".

Für die gemeinsame Durchführung unterbreitet sie einen Finanzierungsvorschlag. Dieser soll 2.500 Euro betragen.

10.34. Förderung Welt-Cup Eisschnelllauf 2353/14
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung am 10.12.2014 bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss:

Die Förderung des Welt-Cups Eisschnelllauf am 21./22.03.2015 in Erfurt wird in Höhe von 15.000,00 Euro beschlossen.

10.35. Satzung zur Änderung der Satzung über die Mitwirkung 2387/14
der Seniorinnen und Senioren der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Fraktion CDU

Der Fragesteller nahm Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass der Antrag beim Ministerium (TMSFG) eingereicht wurde und fragte nach ob die Auszahlung der beantragten Mittel für 2014 erfolgt ist.	Drucksache 0139/15
Hierzu sicherte Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, eine schriftliche Beantwortung zu.	

Somit gab Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, bekannt, dass er im Namen seiner Fraktion die Vorlage bis zur Beantwortung seiner Nachfrage vertagte.

vertagt

10.37. 10. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung
Einr.: Oberbürgermeister

2401/14

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung 16.12.2014 bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss:

Der überplanmäßigen Mittelbereitstellung gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)

10.40. Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII - Information
und Überprüfungsanspruch
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

2468/14

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werden soll.

Es lag ein Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vor.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention der Vorlage ihrer Fraktion und bat um Zustimmung.

Herr Möller, Fraktion SPD, zog den Verweisungsantrag im Namen seiner Fraktion zurück.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Sozialverwaltung schreibt noch vor Jahresablauf alle volljährig erwerbsunfähigen Personen mit Behinderung (ggfs. BetreuerInnen), die derzeit Hilfe zum Lebensunterhalt Regelbedarfsstufe 3 beziehen und mit anderen einen Haushalt führen, an und weist auf mögliche Ansprüche in Konsequenz des Bundessozialgerichts-Urteils vom 23.07.14 hin.

02

Dem Schreiben wird ein vorformuliertes Überprüfungsgesuch (Muster) der Einstufung in die Regelbedarfsstufe beigefügt, das bei fristwahrender Rückübersendung an die Stadt auch mögliche Nachzahlungsansprüche für das Jahr 2013 sichert.

10.41. Antrag auf Mittelbereitstellung für einen externen Gut- 2470/14
 achter im Bereich Finanzen
 Einr.: Fraktion SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vertagt

11. Informationen

Die Stadtratsvorsitzende nahm Bezug auf die Mandatsniederlegungen von Herrn Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, und Herrn Dr. Eger, Fraktion DIE LINKE., verabschiedete beide Stadträte und bedankte sich im Namen des Stadtrates für die Mitarbeit.

Daraufhin sprachen Herr Dr. Eger und Herr Dr. Poppenhäger den Dank ihrerseits für die Zusammenarbeit im Stadtrat aus und verabschiedeten sich.

Da keine weiteren Informationen vorlagen, wünschte die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, abschließend allen Stadtratsmitgliedern, den Beigeordneten, Ortsteilbürgermeistern und Gästen frohe Weihnachten und beendete die Stadtratssitzung.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in